

Sachs, Andreas

Article

Die Bedeutung von Institutionen für die Arbeitslosigkeit

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Sachs, Andreas (2010) : Die Bedeutung von Institutionen für die Arbeitslosigkeit, ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, Vol. 13, Iss. 2, pp. 10-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/126019>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Bedeutung von Institutionen für die Arbeitslosigkeit

Neben dem Bruttoinlandsprodukt wird häufig die Arbeitslosenquote herangezogen, um die Leistungsfähigkeit eines Landes im internationalen Vergleich zu beurteilen. Unklar ist, welche Faktoren maßgeblich für die Arbeitslosenquote sind. Zwar herrscht Einigkeit darüber, dass institutionellen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt wesentliche Bedeutung beigemessen werden kann, jedoch bleibt die Frage ungeklärt, welche Reformen grundsätzlich sinnvoll erscheinen, um Arbeitslosenquoten zu senken.

Seit Beginn der 90er Jahre haben sich Forscher intensiv der Analyse von institutionellen Faktoren zugewandt, um teilweise erhebliche Unterschiede in den Arbeitslosenquoten verschiedener Länder zu erklären. So litten zum Beispiel die Länder der Europäischen Union noch 1995 unter Arbeitslosenquoten von über 10 v.H., während die Vereinigten Staaten zur selben Zeit lediglich einen Wert von 5,6 v.H. aufwiesen. 2009 hatten sich die Arbeitslosenquoten beider Regionen angenähert und lagen bei knapp unter 10 v.H. Betrachtet man die Niveaus der Arbeitslosenquote in einzelnen Ländern der Europäischen Union, so fällt die Heterogenität noch deutlicher aus. Dabei wird oftmals die Ausgestaltung des institutionellen Rahmens als Ursache ausgemacht.

Was sind Institutionen?

Unter dem Begriff „Institution“ versteht man Gesetze, Regeln, Normen und Konventionen, die, durch kollektiven Beschluss gefasst, die Bestimmung des Arbeitsangebots, der Arbeitsnachfrage sowie der Lohnhöhe beeinflussen. Eine ganze Reihe an Faktoren wird üblicherweise unter dem Begriff „Institutionen“ zusammengefasst. Gemäß einer engen Definition werden die Arbeitslosenunterstützung durch staatliche Transferzahlungen, der Kündigungsschutz, der Aufbau der Lohnverhandlungssysteme, das Arbeitsbesteuerungssystem sowie die aktive Arbeitsmarktpolitik als Arbeitsmarktinstitutionen bezeichnet. Für eine breiter gefasste Definition können Faktoren wie die Regulierung der Arbeitszeit, Pensionierungsbedingungen, familienpolitische Maßnahmen, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten oder

migrationspolitische Maßnahmen mit einbezogen werden. Allerdings sind international vergleichbare Indikatoren für die letztgenannten Komponenten nicht oder nur für sehr kurze Zeiträume verfügbar, weshalb sie in empirischen makroökonomischen Studien kaum eine Rolle spielen.

Wie beeinflussen Institutionen den Arbeitsmarkt?

Institutionen beeinflussen direkt oder indirekt das Verhalten der Unternehmen und der Arbeitnehmer, indem zum Beispiel Arbeitsanreize gesetzt oder Lohnanpassungen verhindert werden. Sie sind damit zentral für die Bestimmung der Arbeitslosenquote. Im Folgenden werden kurz einige Aspekte, wie sie zum Beispiel bei Bassanini und Duval (2006) detailliert beschrieben werden, zur Verdeutlichung dieses Zusammenhangs dargestellt.

Ist die Arbeitslosenunterstützung so hoch, dass der alternative Arbeitslohn einer bezahlten Tätigkeit geringer ist als die Transferleistung, so besteht kein Anreiz, diese Tätigkeit anzunehmen. Je höher demnach die Arbeitslosenunterstützung, desto geringer der Suchanreiz (und damit das Arbeitsangebot) und desto höher die Arbeitslosigkeit. Allerdings existieren durchaus Argumente für eine moderate Arbeitslosenunterstützung. So kann diese dazu führen, dass risikoaverse Arbeitnehmer abgesichert durch die Existenz eines Sicherheitsnetzes eher riskantere Tätigkeiten, die mit höheren Löhnen aber ebenso einem höheren Risiko des Jobverlustes verbunden sind, annehmen. Unter der Annahme, dass diese riskanteren Tätigkeiten eine höhere Produktivität

aufweisen, steigt die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Zudem wird in der Literatur oftmals auf die Bedeutung eines Erwerbsloseneinkommens für die Verweildauer in der nächsten Beschäftigung hingewiesen. Durch eine staatliche Grundunterstützung kann der Erwerbslose einen längeren Zeitraum überbrücken, um eine geeignete Stelle zu finden, und muss deshalb nicht zwingend die erste ihm angebotene Tätigkeit annehmen. Die längere Suchdauer wird durch einen längeren Verbleib im nachfolgenden Job sowie durch eine mutmaßlich höhere Produktivität mehr als ausgeglichen.

Komplementär zur Arbeitslosenunterstützung ist die aktive Arbeitsmarktpolitik, die primär dazu dient, Arbeitslose zum Beispiel durch Trainings- und Qualifikationsmaßnahmen oder Subventionszahlungen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In dieser Form dient die aktive Arbeitsmarktpolitik dazu, die negative Anreizwirkung durch Arbeitslosenzahlungen auszugleichen und die Dauer der Erwerbslosigkeit möglichst gering zu halten.

Der Kündigungsschutz beeinflusst dagegen in erster Linie die Einstellungs- und Entlassungsentscheidung der Unternehmen. Ein strikter Arbeitnehmerschutz vermindert aufgrund der hohen Kosten Entlassungen. Andererseits wird das Unternehmen diese Kosten ebenfalls bei potenziellen Neueinstellungen mit einbeziehen, deren Anzahl dadurch insgesamt vermindert wird.

Das Lohnverhandlungssystem besteht im Wesentlichen aus der Arbeitnehmermacht sowie der Koordination der Lohnverhandlungen. Die Arbeitnehmermacht, das heißt die Stärke der Verhandlungsposition der Arbeitnehmer im Lohnverhandlungsprozess, wirkt sich direkt auf die Lohnhöhe und damit auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen aus. Zum einen sind die Arbeitnehmer in einer starken Verhandlungsposition finanziell besser gestellt, zum anderen

kann dadurch allerdings die Arbeitslosigkeit auf ein höheres Niveau steigen, da aufgrund der hohen Kosten weniger Arbeitnehmer eingestellt werden. Durch einen hohen Koordinationsgrad der Lohnverhandlungen kann dem entgegengewirkt werden, etwa wenn gesamtwirtschaftliche Folgen auf Grund hoher Lohnforderungen in den Lohnverhandlungen berücksichtigt werden.

Ein weiterer institutioneller Faktor, der über die Löhne wirkt, ist die Arbeitsbesteuerung. Darunter fallen Steuern und Abgaben, die Arbeitnehmer und -geber vom Bruttolohn abführen müssen. Generell gilt, dass eine höhere Abgabenbelastung den Faktor Arbeit verteuert, wodurch Unternehmen ihre Arbeitsnachfrage verringern.

Schätzung eines einfachen Modells der Arbeitslosigkeit

Da die gleichgewichtige Arbeitslosenquote nicht direkt beobachtbar ist, werden für die empirische Schätzung gemäß Nickell et al. (2005) eine Reihe von Schockvariablen einbezogen, die kurzfristige Abweichungen, z.B. durch konjunkturelle Schwankungen, erklären. Die Arbeitslosenquote wird demnach durch kurzfristig wirkende Schocks und durch langfristig wirkende institutionelle Bedingungen erklärt. Die Daten decken den Zeitraum von 1982 bis 2005 für 17 OECD-Länder ab. Die Ergebnisse dieser Schätzung sind in Spalte (1) der Tabelle aufgeführt. Spalte (2) enthält die Ergebnisse einer Schätzung ohne aktive Ar-

beitsmarktpolitik, da für einige Länder und Zeiträume keine Beobachtungen vorliegen. In den Spalten (3) und (4) wird zusätzlich berücksichtigt, dass Institutionen durch Messfehler oder Simultaneität endogen sind. Als Instrumente werden die vorbestimmten Werte der Vorperiode der als endogen vermuteten Variablen genutzt.

Resultate

Die Schätzergebnisse bestätigen weitestgehend die theoretischen Annahmen. Während höhere Steuern und Abgaben auf Arbeit sowie eine größere Arbeitnehmermacht sich insgesamt negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken, führen ein hoher Koordinationsgrad der Lohnverhandlungen sowie – überraschend – ein rigider Kündigungsschutz zu geringeren Arbeitslosenquoten. Die Ergebnisse ändern sich nicht wesentlich, wenn die Möglichkeit der Endogenität der erklärenden Variablen berücksichtigt wird. Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist insignifikant, allerdings ist die Beobachtungszahl in den Spezifikationen (1) und (3) dermaßen gering, dass die Ergebnisse eine deutlich geringere Aussagekraft haben als die der Spezifikationen (2) und (4). Ein weiterer interessanter Aspekt ist die Heterogenität der Ergebnisse für die einzelnen Länder. Wird die Spezifikation (4) ohne Deutschland geschätzt, so ist der Kündigungsschutz insignifikant. Dasselbe ist für die Arbeitnehmermacht zu beobachten, wenn Großbritannien nicht be-

rücksichtigt wird. Die Ergebnisse hinsichtlich dieser beiden Indikatoren scheinen demnach durch bestimmte Ereignisse in diesen beiden Ländern getrieben zu sein, während für die übrigen Länder diesen beiden Faktoren keine Bedeutung zukommt. Zudem ist der Effekt des Kündigungsschutzes vermutlich durch nicht berücksichtigte Faktoren wie zum Beispiel die Pensionierungsbedingungen beeinflusst.

Insgesamt zeigt sich, dass institutionelle Faktoren einen Teil zur Erklärung der Arbeitslosigkeit beitragen können. Insbesondere die Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Abgaben sowie die Koordination der Lohnverhandlungen spielen eine entscheidende Rolle. Die Ergebnisse für die aktive Arbeitsmarktpolitik sind schwer zu interpretieren. Aus der mikroökonomischen Literatur ist bekannt, dass deren Wirkung erheblich von der Art der Maßnahme abhängt. Ein Indikator, der pauschal die Ausgaben für alle Maßnahmen einbezieht, kann die Ergebnisse trüben. Demnach bleibt nur, die Qualität der Indikatoren zu erhöhen, um so die Aussagekraft und Verlässlichkeit der Resultate zu verbessern.

Andreas Sachs, sachs@zew.de

Literatur:

Bassanini, A. und R. Duval (2006), The determinants of unemployment across OECD countries: Reassessing the role of policies and institutions, OECD Economic Department Working Papers, No. 486.
Nickell, S., L. Nunziata und W. Ochel (2005), Unemployment in the OECD since the 1960s. What do we know?, Economic Journal, Vol. 115(500), 1-27.
Visser, J. (2009), The ICTWSS Database: Database on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts in 34 countries between 1960 and 2007.

Arbeitsmarkteffekte von Institutionen für 17 OECD-Länder von 1982 – 2005

Exogene Variable	(1)	(2)	(3)	(4)
Abgaben und Steuern	0.179** (0.058)	0.242** (0.032)	0.072 (0.064)	0.253** (0.034)
Kündigungsschutz	-0.853** (0.265)	-1.769** (0.259)	-0.452** (0.089)	-1.397** (0.299)
Arbeitnehmermacht	0.02 (0.014)	0.048** (0.013)	0.023* (0.011)	0.066** (0.014)
Lohnsetzungscoordination	-1.171** (0.167)	-0.749** (0.127)	-1.789** (0.145)	-1.042** (0.167)
Arbeitslosenunterstützung	0.03 (0.022)	-0.01 (0.019)	0.073** (0.015)	0.003 (0.021)
Aktive Arbeitsmarktpolitik	-0.11 (0.274)	–	-0.209 (0.507)	–
Instrumente	nein	nein	ja	ja
Beobachtungen	153	408	85	391

Abhängige Variable ist die harmonisierte Arbeitslosenquote der OECD. Schätzungen wurden mit dem fixed effects Panelschätzer durchgeführt. Standardabweichung in Klammer.
** signifikant zum 1%-Niveau. Quelle: Berechnungen des ZEW.